

Die
Ostjuden
in Deutschland.

von

Rudolf Bertram

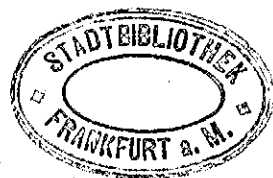


Philo Verlag G. m. b. H., Berlin SW 68

[1907]



Jacob
4646



52/172 x 2

In dem politischen Kampfe der letzten Jahre hat die Ostjudenfrage eine erhebliche Rolle gespielt. Bestimmten Parteien und Gruppen bot sie eine günstige und geschickt ausgenutzte Angriffsfläche im Kampfe gegen das Judentum überhaupt. Aber auch besonnenere, vorurteilslose Kreise betrachteten mit ernster Sorge die Gefahr, die eine übergroße Zahl von Ostjuden für unser niedergebrochenes Vaterland und die deutsche Volkswirtschaft bedeuten konnte. An diese Kreise wenden sich die nachstehenden Ausführungen. An der Hand von Tatsachen und Zahlen wollen sie Aufklärung geben und die Grundlage für ein ruhiges und gerechtes Urteil schaffen. Sie wollen die Erörterung aus dem Nebel der Phrase, unklarer Stimmungen, der Verheerung und des Hasses hinausführen auf das Gebiet klarer Erkenntnis und politischer Verantwortlichkeit.

Die Ostjuden in Deutschland vor dem Kriege.

Unter dem Begriff „Ostjuden“ verstehen wir alle jene jüdischen Menschen, die in den Ländern östlich Deutschlands, also: im ehemaligen und jetzigen Rußland, in Polen, im früheren österreichischen und jetzt polnischen Galizien, in Rumänien und Ungarn beheimatet sind. Seit Jahrhunderten sind sie nach Deutschland gekommen. Im kaiserlichen Deutschland waren sie geduldet, und kein verantwortlicher Staatsmann hat in ihnen eine Gefahr für das Staatswohl gesehen.

Diese Duldsamkeit des kaiserlichen Deutschlands und Preussens hatte ihre guten Gründe, denn: die Ostjuden waren vor dem Kriege die Pioniere und Mittler des deutschen Handels in Rußland. Oft haben deutsche Handelskammern, die weitsichtig genug waren, ihre nützlichen Dienste für den deutschen Handel und die deutsche Industrie anzuerkennen, Aufenthaltsbewilligungen für Ostjuden beantragt und befürwortet.

Aber auch diejenigen Ostjuden, die keine Handelsbeziehungen mit dem Ausland pflegten, waren keinesfalls als Schädlinge betrachtet worden. Es waren meistens kleine Händler, Agenten, Zigaretten- und Bekleidungsarbeiter, die durch redliche Arbeit hier ihren Lebensunterhalt erwarben.

Ueber die Zahl der Ostjuden, die vor dem Krieg in Deutschland gelebt haben, können wir folgende Angaben machen, die sich auf amtliche statistische Erhebungen stützen. Es lebten:

im Jahre 1900:
 41 133 im ganzen Reich,
 im Jahre 1905:
 In Preußen: 38 844
 In Sachsen: 10 360
 In Hessen: 1 787
 50 991

1910

in Berlin allein: bereits 21 688 Ostjuden.

Wenn aber eine Vermehrung der Ostjuden im Verhältnis zur Vorkriegszeit eingetreten ist, dann tragen nicht am wenigsten jene Leute die Verantwortung, die heute die lautesten Rufer im Streite sind, nämlich: der General Ludendorff und die deutsche Heeresleitung.

Ostjuden im Kriege.

Ein großer Teil der vor dem Kriege in Deutschland anwesenden Ostjuden wurde, soweit es sich um Galizier, also Staatsangehörige der österreichisch-ungarischen Monarchie, handelte, zu den Waffen gerufen. Sie kämpften im österreichischen Heeresverband Schulter an Schulter mit den deutschen Truppen gegen den gemeinsamen Feind, und die außerordentlich große Zahl jüdischer Toter und Verwundeter im Weltkriege ist der beste Beweis dafür, daß auch die Ostjuden im Kriege ihre Schuldigkeit getan haben.

Als die deutschen und österreichischen Heere bei Kriegsanfang 1914/1915 nach Polen einrückten, erließen die Generalkommandos der vereinigten Armeen Deutschlands und Österreich-Ungarns einen Aufruf, in dem so viel gelästerten „jüdischen Jargon“, den wir hier als historisches Dokument in wortgetreuer Übersetzung folgen lassen.

Juden in Polen!

Die siegreichen Armeen der verbündeten Großmächte Deutschlands und Österreich-Ungarns sind mit Gottes Beistand in Polen eingerückt.

Der Krieg, den wir jetzt führen, ist kein Krieg gegen die Bevölkerung, sondern nur gegen die russische Tyrannei. Der russische Despotismus ist unter den starken Schlägen unserer tapferen Heere zusammengebrochen.

Juden in Polen! Wir kommen als Freunde und Erlöser zu Euch! Unsere Fahnen bringen Euch Recht und Freiheit: Gleiches, volles Bürgerrecht, wirkliche Glaubensfreiheit und Lebensfreiheit auf allen wirtschaftlichen und kulturellen Gebieten. Zu lange habt Ihr unter dem eisernen Joche Moskaus gelitten. Wir kommen als Befreier zu Euch. Die tyrannische Fremdherrschaft ist gebrochen. Eine neue Epoche beginnt jetzt für Polen, mit allen unseren Kräften werden wir die Erlösung der ganzen polnischen Bevölkerung fördern und sichern. Auf sicheren Grundlagen und durch Gesetze garantiert, werden wir die volle Gleichberechtigung der Juden nach westeuropäischem Muster in Polen einführen.

Laßt Euch nicht durch die falschen Versprechungen der Russen betören. Im Jahre 1905 gab Euch Rußland das heilige Versprechen der Gleichberechtigung. Brauchen wir Euch zu erinnern, Euch erzählen, wie der Moskowiter Wort gehalten hat? Denkt an Kischinew, Homel, Bialystok, Odessa, Siedlce und hundert andere blutige Pogromel!

Erinnert Euch an die Massenausweisungen und Verreibungen. Ohne Erbarmen mit menschlichem Leib hat der Peiniger Euch mit Weib und Kind wie die wilden Tiere gejagt und geheht.

Vergeßt nicht das Beilzuprozeßes und anderer Blutbeschuldigungen, da die russische Regierung selbst von Amts wegen die niederträchtige Anklage des Ritualmordes erhob.

Denkt an alle die beschränkenden Gesetze gegen Euch, die sich unter der Zarenherrschaft von Stunde zu Stunde mehrten. Die Tore des Lebens hat man vor den Juden zugeschlagen, die Tore der Bildung — vor den jüdischen Kindern, Eure Söhne und Töchter sind aus den russischen Schulen, aus den russischen Städten und Dörfern gejagt worden. Nur mit gelben Pässen, als Prostituierte, durften sie in Rußland wohnen. So hielt Rußland sein heiliges Versprechen, das es Euch gab, als es sich in Not befand.

Und jetzt ist Rußland wieder in Not, und deshalb begann es Euch mit neuen Versprechungen zu füttern.

Juden in Polen! Die Stunde der Vergeltung ist gekommen. Die tapferen Armeen der Großmächte Deutschlands und Österreich-Ungarns sind in Polen und sie werden mit Gottes Hilfe mit Euren Bedrückern und Peinigern abrechnen. Ihr aber habt die heilige Pflicht, alles zu tun, um die Erlösungsarbeit zu fördern. Alle Kräfte des Volkes: Eure Jugend, Eure Gemeinde, Eure Vereine, Euch alle müßt Ihr wie ein Mann in den Dienst der heiligen Sache stellen. Jeder von Euch muß mit allen seinen Kräften helfen. Denn, wenn Ihr uns helft, helft Ihr Euch selbst. Unser Feind ist doch Euer Feind. Die Mänte unseres gemeinsamen Feindes müssen durch aller Wachsamkeit zerstört werden. Wir erwarten, daß Ihr durch die Tat beweisen werdet, was Eure Intelligenz und Euer Eifer zu leisten imstande sind.

Vor unseren Soldaten braucht Ihr Euch nicht zu fürchten. Kein Haar wird Euch gekümmert werden. Was Ihr uns liefern werdet, werden wir Euch bar und gut bezahlen. Und wenn Ihr ein Anliegen habt, so wendet Euch vertrauensvoll an die Befehlshaber, die Kommandanten unserer Truppe. Helfet bei der Niederrichtung des Feindes, und arbeitet für den Sieg von Freiheit und Gerechtigkeit!

Die Generalkommanden der vereinigten Armeen
 Deutschlands und Österreich-Ungarns.

Der Aufruf hatte die Wirkung, daß, wenn die deutschen Truppen während des wechselnden Kriegsglückes von den Russen zurückgedrängt wurden, diese sich in fürchterlicher Weise an den Juden rächten und sie für die Folgen ihrer Niederlage verantwortlich machten.

Ostjuden-Deportationen.

Die Deportationen der belgischen Arbeiter, die dem deutschen Volke bei den Neutralen und damals noch Neutralen so ungeheuer geschadet haben, sind gering im Vergleich zu den Deportationen ostjüdischer Arbeiter aus Polen, die von deutschen Militärbehörden vorgenommen wurden.

Durch die Einziehung aller wehrpflichtigen Männer zum Heeresdienst machte sich sowohl in Deutschland wie auch an der Front ein Mangel an arbeitsfähigen Menschen bemerkbar. Um diesem Mangel abzuhelfen, verfiel man auf den Gedanken, die Bevölkerung der besetzten Gebiete für die Arbeiten zu verwenden. Dabei dachte man in erster Linie an die Juden. Sie waren die Einzigen, mit denen sich die deutschen Soldaten im Osten verständigen konnten, da das „Jiddische“ bekanntlich ein dem Deutschen ähnlicher Dialekt ist.

Die deutsche Heeresleitung verfuhr mit mehr oder weniger sanfter Gewalt. Die männliche jüdische Bevölkerung wurde auf die Marktplätze, auf den Anger vor der Stadt, auf die Kirchhöfe beordert; dort wurden die so zusammen gebrachten Massen vielfach militärisch umstellt, und ohne daß ihnen auch nur gestattet wurde, in ihre Häuslichkeit noch einmal zurückzukehren, auf die Bahnhöfe gebracht. Alte hinfällige Leute wurden mit kräftigen jungen Burschen unsinnigerweise zusammen verschickt. Leute, die gänzlich arbeitsunfähig waren, mußten die Reise mitantreten.

Ein so wenig judenfreundlicher Abgeordneter wie der Wirtschaftsparteiler Dr. Bett bestätigte dies auf Grund seiner politischen Erfahrungen in der Sitzung des Preussischen Landtages vom 29. November 1922 in folgenden Ausführungen:

„Ich kenne das Ostjudentum in Polen ziemlich genau, denn ich bin im Kriege in Polen in einer Stellung gewesen, wo ich den Czenstochauer Bezirk zu verwalten hatte und wo ich sehr viel mit diesen Dingen zu tun Gelegenheit hatte. Ich will aber gleich vorwegnehmen. Am allerungernsten in meinem ganzen Leben habe ich selbst den Befehl ausgeführt, in Czenstochau die Juden auszuheben und als Arbeiter nach Deutschland hinüberzuschicken. Ich will mich nicht besser machen, als ich bin. Nicht aus übergroßem Erbarmen oder aus Nächstenliebe, sondern weil ich es für eine wahnsinnige Dummheit gehalten habe.“

Aber nicht nur in Polen wurden Arbeiter gebraucht, die deutsche Heeresleitung brauchte auch Arbeiter für ihre Fortifikationsarbeiten im Westen, für den Munitions- und Heeresbedarf im Innern Deutschlands. So wurden Scharen von Ostjuden zwangsweise nach Deutschland gebracht, und meistens bei den Erdarbeiten an der Westgrenze verwendet. Daneben wurden Tausende durch die deutsche Arbeiterzentrale, als sogen. freie Arbeiter, auf Grund eines formularmäßigen Arbeitsvertrages nach Deutschland gebracht. Dieser Vertrag lautet zwar nur auf sechs Monate, in Wahrheit aber durften die so angeworbenen Arbeiter vor Ablauf des Krieges nicht in ihre Heimat zurückkehren. Die Gültigkeit der sechsmonatigen Verträge wurde mit einem Federstrich durch die stellvertretenden Generalkommandos aufgehoben, die Leute bekamen keine Erlaubnis zur Rückkehr. Die Zahl der in dieser Weise im Interesse der deutschen Kriegsführung nach Deutschland gebrachten Ostjuden belief sich auf

ca. 50000. Die deutsche Heeresleitung ist es gewesen, die das ostjüdische Element in Deutschland zwangsweise außerordentlich vermehrt hat.

Im Jahre 1918 begann eine systematisch durchgeführte Anwerbung ostjüdischer Arbeiter für Deutschland. Diese Arbeiter haben zur vollen Zufriedenheit ihrer Arbeitgeber gearbeitet. Eine von nichtjüdischer Seite vorgenommene und vollständig einwandfreie Umfrage ergab folgende Antworten:

- „Durchaus brauchbar. (Uhrmacher.)“
- „Durchaus zufrieden. (Holzarbeiter.)“
- „Die besten Erfahrungen, arbeitswillig, kein Anlaß zu Klagen. (Hutfabrik.)“
- „Ganz gut verwendbar bei Akkordarbeiten, außerordentlich fleißig. Falls nach Friedensschluß Bedarf, gegen die Einstellung poln. jüd. Arbeiter keine Bedenken. (Uhrenfabrik.)“
- „Durchaus gute Erfahrung, willig und fleißig, keine Klagen. (Stoffabrik.)“
- „Sehr brauchbare Kräfte, mit denen es ein Vergnügen ist, zu arbeiten. (Groß-Buchbinderet.)“
- „Sehr zufrieden. (Hutfabrik.)“
- „Außerordentlich gute Erfahrungen. (Schlosserei.)“
- „Nicht besser und nicht schlechter als die deutschen Arbeiter, in jeder Weise zufriedenstellend, sehr intelligent. (Möbelfabrik.)“
- „Ihre Leistungen unter den jetzigen Verhältnissen zufriedenstellend. (Königl. Eisenbahndirektion.)“
- „Mit den Juden aus Wilna zufrieden. (Maschinenfabrik.)“

Diese aus den praktischen Erfahrungen hervorgegangene Beurteilung der ostjüdischen Arbeiter ist der beste Beweis gegen die Legende, daß Ostjuden nur Händler seien. Wer während des Krieges Gelegenheit hatte, nach Polen zu kommen, und wer die Verhältnisse im Osten kennt, weiß, daß das gesamte Handwerk in den Städten des Ostens ausschließlich in jüdischen Händen ist.

Nach Kriegsende.

Nach Beendigung des Krieges und dem Abzug der deutschen Truppen aus dem Osten, setzten die bekannten Judenverfolgungen in Polen ein. Auch in der Ukraine war die Revolution und der Bürgerkrieg von Judenmassakern begleitet, die in ihrer Furchtbarkeit unerhört waren. Kein Wunder, daß Zehntausende bestrebt waren, sich aus diesen HölLEN zu retten. Die Massenflucht nahm naturgemäß ihre Richtung nach dem Westen. Das Grenzland nach dem Westen war Deutschland. So kam es, daß die verfolgten Ostjuden planlos, nur um das nackte Leben zu erhalten, über die offene deutsche Grenze strömten.

Die Absicht dieser Massen war es nicht, in Deutschland zu bleiben. Es waren Durchwanderer, die hier die Verbindung mit ihren

Sozialistische Monatshefte; 24. Jahrgang 12 Heft 1918; Julius Berner, Ostjüdische Arbeiter in Deutschland.

Verwandten in den überseeischen Ländern, insbesondere in Amerika, herzustellen suchten, um dorthin auszuwandern. War ihnen doch schon von je her Deutschland als

Durchgangsland nach dem Westen
und den überseeischen Ländern bekannt.

Jeder Kenner des deutschen Schiffahrtswesens weiß, daß die jüdische Massenwanderung aus dem Osten nach Amerika wesentlich zum Ausbau der deutschen Passagierschiffahrt beigetragen hat. Die deutschen Schiffahrtsgesellschaften waren in den letzten Jahrzehnten vor dem Kriege bestrebt, die ostjüdischen Auswanderermassen über deutsche Häfen nach Übersee zu befördern. Die deutsche Regierung hat diesen Bestrebungen seit jeher größte Aufmerksamkeit geschenkt, und der bedeutsame Aufschwung der deutschen Passagierschiffahrt ist nicht zuletzt eine Folge der ostjüdischen Massenwanderung durch Deutschland vor dem Kriege.

Allerdings haben sich auch hier die Verhältnisse wesentlich geändert. Durch die Erschwerung der Einwanderung nach den Überseeländern, insbesondere nach Nordamerika, waren viele Tausende gezwungen, Monate und Jahre hier zu warten, bis es ihnen möglich war, die Einreisegenehmigung nach Amerika oder anderen Ländern zu erlangen. Unabhängig von der Auswanderung nach Amerika entwickelte sich im Laufe der Zeit eine allmähliche Rückwanderung nach Polen.

Die praktische Lösung der Ostjudenfrage in Deutschland.

Mit der Einwanderung einer größeren Zahl von Ostjuden waren für Deutschland zweifellos Gefahren verbunden. Das Deutschland der Nachkriegszeit mit seinem wirtschaftlichen Elend, seiner Wohnungsnot und den Flüchtlingen aus den abgetretenen Gebieten war weniger als jedes andere Land geeignet, mittellosen fremden Staatsangehörigen Asyl und Unterkunft zu gewähren. Es ist daher begreiflich, daß sich die Stimmung weiter Kreise gegen die Zuwanderung von Ostjuden wandte. In dessen ließ sich die überaus schwierige Frage nicht gefühlsmäßig, nicht mit Anklagen und Verhörungen lösen. Die Ostjuden waren nun einmal in größerer Zahl in Deutschland — aus Gründen, für die sie, wie dargestellt worden ist, nicht verantwortlich waren. Man mußte nach einer praktischen Lösung suchen, um die Gefahr zu bannen.

Die Masse der nach Deutschland gelangten Ostjuden war zunächst unbeweglich. Sie konnte weder über Deutschland hinaus nach anderen Ländern, noch über die Ostgrenze nach ihrer Heimat zurückgeschafft werden. Die Auflösung des russischen Reiches hatte einen staatlichen Wirrwarr sondergleichen zur Folge. In brodelnder Vöhrung bildete sich aus dem Völkergemisch Rußlands eine Anzahl neuer Staaten, deren Verfassung noch nicht feststand, und deren Grenzen sich im Kampfe aller gegen alle — zum Teil unter kriegerischen Verwicklungen — erst bildeten

und ständig veränderten. Die in Deutschland befindlichen Ostjuden waren zu einem erheblichen Teile staatenlos geworden und sind es noch heute. Die an der Ostgrenze Deutschlands gelegenen Randstaaten des ehemaligen Rußland konnten daher nicht gezwungen werden, sie zurückzunehmen. Ausweisungen waren praktisch un-durchführbar. Es bedurfte deshalb für die politische Betrachtung nicht auch noch der Erwägung, welche eine grausame Ungerechtigkeit darin gelegen hätte, wenn man die gegen ihren Willen nach Deutschland verpflanzten und während des Krieges für Deutschland tätigen Menschen in die Arme ihrer Verfolger, in Not und Tod zurückgetrieben hätte. Bei den gerecht denkenden Deutschen empörte sich gegen eine solche Verletzung der Treupflicht auch das Rechts- und Sittlichkeitsgefühl.

Was war zu tun?

Man versuchte es zunächst — vielfach unter der Einwirkung der Straße — mit Masseninternierungen. Diese Maßregel erwies sich, wie jedem Einsichtigen von vornherein klar war, als ebenso unklug, wie unwirksam. Man konnte 40 bis 50 000 schuldlöse, arbeitsfähige und arbeitswillige Menschen nicht ohne Schaden für den Staat einsperren, ernähren und zum Müßiggang zwingen. Man verdarb die Menschen, die davon betroffen wurden, und schädigte durch die unproduktiven Haftkosten die verarmten deutschen Steuerzahler. Die brutale Durchführung der Internierung schuf überdies eine Mißstimmung im Auslande, die von der deutschfeindlichen Propaganda geschickt ausgenutzt wurde.

Diesen rein negativen, von vornherein zur Erfolglosigkeit verurteilten Zwangsmaßnahmen wurde ein Programm entgegen-gestellt, das — auf dem Boden der gegebenen Tatsachen stehend — die Lösung durch positive Maßnahmen versuchte. Die Hauptpunkte dieses Programms waren folgende:

1. Verminderung der Zahl der Ostjuden in Deutschland durch Förderung der Auswanderung und Rückwanderung.
2. Produktivierung bis zu dem Zeitpunkte, zu dem sie Deutschland verlassen konnten.
3. Soziale Maßnahmen.

Bei der Durchführung dieses Programms sind die in dem „Arbeiterfürsorgeamt der jüdischen Organisationen Deutschland“ zusammengeschlossenen Verbände der deutschen Juden in erster Linie tätig gewesen. Die sehr erheblichen finanziellen Mittel sind zu einem wesentlichen Teile von amerikanischen ostjüdischen Arbeitern aufgebracht worden. Die Staatsbehörden haben sich diese freiwilligen Organisationen dienstbar gemacht und sich der von ihr geschaffenen Einrichtungen in weitestem Umfange bedient.

Über die Durchführung des gekennzeichneten Programmes und die in einer mehrjährigen Tätigkeit erzielten Erfolge sei nachstehend berichtet.

I. Verminderung der Zahl der Ostjuden in Deutschland durch Förderung der Aus- und Rückwanderung.

Um eine Abwanderung der nach Deutschland gelangten Ostjuden zu ermöglichen, war es vor allem notwendig, die Verbindung zwischen ihnen und ihren Angehörigen in den überseeischen Ländern herzustellen. Durch den Krieg wurden diese Beziehungen der Ostjuden zu ihren daselbst lebenden Verwandten meistens zerrissen, die Adressen waren veraltet. Es war daher nötig, diese Verbindungen wieder herzustellen, die Verwandten zu finden und sie zur Hilfeleistung für ihre in Deutschland lebenden Angehörigen zu veranlassen. Diese Arbeit, die nur dank dem Entgegenkommen der amerikanischen Hilfsorganisationen ausgeführt werden konnte, war außerordentlich schwierig und umfangreich. Trotz aller Bemühungen dauerte es oft Monate und Jahre, bis die Verwandten in Amerika gefunden werden konnten.

Waren die Verbindungen hergestellt, so mußten die Auswanderenden mit den nötigen Reisedokumenten versorgt werden. Dies war in Anbetracht der bereits geschilderten Verhältnisse in Osteuropa nach dem Krieg außerordentlich schwer. Monatelange Verhandlungen und Nachforschungen waren notwendig, um die Heimatzuständigkeit zu ermitteln und die Staatsangehörigkeit festzustellen. In den Fällen aber, in denen es nach mühseliger Arbeit gelungen war, die Einreiseerlaubnis nach Amerika zu erwirken, und den Auswanderern hier die nötigen Dokumente zu verschaffen, trat sehr häufig der Fall ein, daß die Verwandten in Amerika wohl bereit waren, ihre Angehörigen bei sich aufzunehmen, jedoch nicht in der Lage waren, das Reisegeld aufzubringen. Für den Erfolg dieser Tätigkeiten sprechen die nachfolgenden statistischen Angaben.

In einer Denkschrift, die der

Reichsminister des Innern am 30. März 1922 dem Reichstag über die Auswanderung nach bzw. aus Deutschland in den Jahren 1910 bis 1920 vorgelegt hat, sind für die Auswanderung der Ostjuden nach dem Kriege folgende Zahlen enthalten:

Rückwanderung nach dem Osten 1920/21	12 000
Auswanderung nach Amerika über Danzig	15 000
Auswanderung nach Amerika über französische und belgische Häfen	15 000
Auswanderung in die westlichen Industrieländer	5 000
	<hr/> 47 000

Aus diesen Zahlen ist zu ersehen, daß die während des Krieges und nach dem Kriege nach Deutschland gekommenen Ostjuden hier keinesfalls verblieben sind, sondern daß bereits bis zu Beginn des Jahres 1922 fast 50 000 Ostjuden wieder abgewandert waren.

Daß auch später eine starke Abwanderung der Ostjuden aus Deutschland stattgefunden hat, beweisen die nachfolgenden Zahlen, die

der preussische Minister des Innern Severing im November 1922 im Landtag amtlich bekanntgab. Danach waren am 3. 7. 1922 in Berlin an Ostausländern gemeldet:

Finnländer	1 140
Lettländer	3 125
Litauer	2 563
Polen	26 305
Russen	16 668
Ukrainer	3 634
Esthländer	1 759
Georger	297
Insgesamt	<hr/> 55 482

Zu dieser Zahl ist jedoch zu bemerken, daß es sich hier keineswegs nur um jüdische Ostausländer handelt, sondern daß sie auch die außerordentlich große Zahl russischer und anderer nicht-jüdischer politischer Emigranten umfaßt, die infolge des bolschewistischen Umsturzes aus Rußland nach Deutschland geflüchtet sind.

In den letzten Jahren hat infolge der Ruhrbesetzung und der veränderten wirtschaftlichen Verhältnisse eine weitere starke Abwanderung eingesetzt. Das beweist die Antwort, die der Reichsminister des Innern Dr. Jarres auf eine Anfrage des Abgeordneten Graef-Thüringen vom März d. Js. erteilt hat. Dort heißt es:

„Es ist als sicher anzunehmen, daß etwa zwei Drittel der ostjüdischen Einwanderer das Land wieder verlassen haben; in Groß-Berlin z. B. hat sich ihre Zahl auf etwa ein Drittel verringert.“

Diese erhebliche Verminderung der Ostjuden in Deutschland ist nicht nur eine Folge der veränderten wirtschaftlichen Verhältnisse, sie ist hauptsächlich auf die unausgesetzte Tätigkeit des Arbeiterfürsorgeamtes zurückzuführen, das in langjähriger und systematischer Arbeit bestrebt war, für eine reibungslose Abwanderung der Ostjuden Sorge zu tragen. Dieser Erfolg war nur durch charitative und sozialpolitische Maßnahmen, nicht aber durch unausführbare Ausweisungsbefehle und Polizeischikanen zu erzielen.

Zahlenmäßig befinden sich heute im ganzen Reich kaum mehr Ostjuden als vor dem Kriege.

Produktivierung.

In ähnlicher Weise mußte auch die Frage der Behandlung derjenigen gelöst werden, die nicht auswandern konnten, nachdem inzwischen in den verschiedenen Einwanderungsländern, insbesondere in Nordamerika, die Einwanderung beschränkt wurde. Es galt, diese Kreise einer produktiven und nützlichen Arbeit zuzuführen und der deutschen Volkswirtschaft dienstbar zu machen, ohne dabei aber die Rücksicht auf den deutschen Arbeiter außer Acht zu lassen.

Durch eine weitverzweigte Arbeitsvermittlung ist es gelungen, annähernd 40 000 Ostjuden als Arbeiter dem deutschen Wirtschaftsleben einzugliedern. Es wurden untergebracht: 10—12 000 Ostjuden im Ruhrgebiet in den Kohlengruben und den Eisenhütten über und unter Tag, sowie als Handwerker. Über 3 000 sind in der deutschen Landwirtschaft als Landarbeiter beschäftigt worden; ungefähr 6—7 000 waren in den verschiedenen Braunkohlenrevieren am Rhein und in Mitteldeutschland tätig. Mehr als 10 000 Schneider und Schuhmacher haben hauptsächlich in Berlin und den anderen Großstädten dauernd in Arbeit gestanden.

Die von der antisemitischen Presse kolportierte Behauptung, daß die ostjüdischen Arbeiter ihren deutschen Arbeitskollegen lästig geworden seien, werden am besten durch die nachfolgenden Äußerungen verschiedener Gewerkschaften, sowohl der freien, als auch der Hirsch-Dunckerschen, widerlegt.

Der Bezirksausschuß der freien Gewerkschaften Essen, Stadt und Land, am 13. Juni 1922:

„Nach Rückfrage bei den hiesigen größeren Organisationen muß mitgeteilt werden, daß Klagen über große Zuwanderungen aus dem Osten insbesondere Klagen über größere Zuwanderungen ostjüdischer Arbeiter hier nicht bekannt sind. Damit entfällt auch, daß diese Zugewanderten die Hauptursache bilden bei der bestehenden Wohnungsnot.“

Daß besondere Schwierigkeiten entstanden bei der Ernährungsfrage, muß verneint werden, da heute zum großen Teil im Westen Ernährungs-schwierigkeiten, wie sie einmal in der Kriegs- und auch Nachkriegszeit bestanden, überwunden sind.

Wir vermuten, daß man mit der Behauptung, daß die Zuwanderung aus dem Osten, insbesondere mit der Betonung, daß es die ostjüdischen Arbeiter sind, ausschließlich Stimmungsmache in einer bestimmten Richtung betreiben will.“

Der Hirsch-Dunckersche Gewerkschaftsverein deutscher Metallarbeiter, Geschäftsstelle Hamborn, schreibt am 14. Juni 1922:

„Uns ist nicht bekannt geworden, daß jemals Klage über das unkameradschaftliche Verhalten der ostjüdischen Arbeiter geführt worden wäre. Ein Arbeiten unter Tarif ist vollkommen ausgeschlossen.“

Die Einwanderung der ostjüdischen Arbeiter ist überhaupt nicht zu spüren. Daß durch die Eingewanderten ostjüdischen Arbeiter Wohnungs- und Ernährungs-schwierigkeiten entstanden sind, oder noch entstehen können, trifft unter keinen Umständen zu. Die Behauptung, daß gerade sie die Ursache der Wohnungs- resp. Ernährungs-schwierigkeiten seien, ist an den Haaren herbei gezogen.“

Soweit hier bekannt geworden ist, sind bisher keinerlei Klagen über die Brauchbarkeit der ostj. Arbeiter in der hiesigen Industrie laut geworden. Ebenso trifft es nicht zu, daß dieselben nur kürzere Zeit arbeiten und dann sich einer unproduktiven Beschäftigung zuwenden. Die Leute, die wir kennen gelernt haben, haben mit nur ganz geringen Ausnahmen ihre aufgenommene Beschäftigung behalten, ohne sich mit irgendeiner anderen Arbeit abzugeben.“

Auch in der Landwirtschaft, wo sie insbesondere in den Jahren 1920 und 1921 beschäftigt waren, haben die ostjüdischen Landarbeiter über-

raschend Gutes geleistet. Wer die Verhältnisse kennt, unter denen deutsche und ausländische Landarbeiter leben, der wird die Bedeutung des folgenden Zeugnisses verstehen. Freiherr von Ritlig-Lodena schreibt:

„Z. Z.: Arbeiter arbeiten bisher zu meiner größten Zufriedenheit und sind, wie ich mich selbst des öfteren überzeugt habe, sehr zufrieden. Falls Sie zurzeit noch ca. fünf bis sechs tüchtige, kräftige Arbeiter zur Verfügung haben, wäre Ihnen für Zusendung dankbar.“

Ähnlich urteilen die Gutsverwaltungen Berkow bei Angermünde, Bruchhagen i. U.M., Wiesenbrow i. U.M., Wiesenbrow bei Schoenermark u. a.

Der Ruhrkampf und die ostjüdischen Arbeiter.

Die Besetzung des Ruhrgebiets bewirkte eine Arbeitslosigkeit eigener Art, eine freiwillige Arbeitslosigkeit. Diejenigen Arbeiter, die zur Arbeit bereit waren, wurden von der französischen Okkupationsmacht ungewöhnlich gut bezahlt. Das Verhalten der ostjüdischen Arbeiter im Ruhrkampf ist in hohem Grade bemerkenswert. Sie wurden mit den deutschen Arbeitern arbeitslos. Sie bezogen monatelang nicht wie ihre deutschen Arbeitskameraden die Ruhrhilfe. Trotzdem — und dies ist wohl auch für verblendete Gegner von entscheidender Bedeutung — sind sie den deutschen Arbeitern nicht in den Rücken gefallen. — Noch nicht fünfzig sind den Verlockungen der Franzosen gefolgt. Die ostjüdischen Arbeiter standen hungernd an der Seite der deutschen Arbeiterschaft und weigerten sich, Streikbrecherdienste zu leisten. — Erst nach monatelangem Darben wurde auch ihnen die — ihnen nach ihren Opfern gebührende — Ruhrhilfe zuteil, und dann auch meistens nur mit der Hälfte der Summe, die den deutschen Arbeitern bezahlt wurde.

Als Beweis für die Richtigkeit dieser Behauptung seien hier nur zwei Zeugnisse von Gewerkschaften im Ruhrgebiet wiedergegeben:

„Ortsausschuß der freien Gewerkschaften und Betriebsrätesekretariat.
Groß-Duisburg, Marienstr. 29.“

Duisburg, den 1. April 1924.

In Beantwortung Ihres Schreibens vom 28. März cr. teilen wir Ihnen gerne mit, daß wir in der Zeit des passiven Widerstandes (Ruhrkampf) keine Wahrnehmungen dahingehend machen konnten, daß jüdische Arbeiter sich ihren deutschen Arbeitskollegen bei der Führung des Kampfes illegal gegenüber benommen haben.“

„Gewerksverein
Deutscher Metallarbeiter (S.-D.)
21. Bezirk.
Stk Duisburg, Ruhrorterstr. 85 VI.“

Duisburg, den 7. April 1924.

Wir bestätigen gerne, daß die Anwürfe gegen die jüdischen Arbeiter nicht zutreffen.

Sie haben während des Ruhrkampfes in einer Front mit den deutschen Arbeitern gestanden und die Sache des Deutschtums vertreten.

Dieses bestätigt der Wahrheit gemäß

gez. Unterschrift."

III. Soziale Maßnahmen.

Neben der Tätigkeit für die Abwanderung und die Produktivierung war es in der Zeit, wo sich eine große Anzahl Ostjuden in Deutschland befinden, notwendig, soziale Maßnahmen zu treffen, um zu verhindern, daß sie der Öffentlichkeit zur Last fallen. Durch die Schaffung großzügiger Unterkunftsbedingungen, zum Teil in Massenherbergen, und durch die Errichtung von Speiseanstalten wurde auch dieser Teil des Programms gelöst.

Hierdurch wurde einer Belastung des Wohnungsmarktes erfolgreich entgegen gewirkt. In den Asyl- und Barackenlagern fanden die ostjüdischen Arbeiter eine menschenwürdige Unterkunft und Behandlung. Wohlorganisierte hygienische Fürsorge traf alle Maßnahmen, die im Interesse der öffentlichen Gesundheitspflege geboten waren.

Valutaschädlinge.

Während die Tatsache, daß ostjüdische Arbeiter seit Jahr und Tag in Deutschland in nützlicher Beschäftigung und in harmonischen Zusammenarbeiten mit ihren deutschen Arbeitsgenossen tätig sind, in der deutschen Öffentlichkeit, unerwähnt gelassen wird, werden alle jene Schädlinge, die nach Deutschland gekommen sind, um in verwerflicher Weise von dem Währungsverfall und der Not des deutschen Volkes Vorteile zu ziehen, von einer bestimmten Presse schlechtin unter dem Sammelnamen „Ostjuden“ genannt. Demgegenüber ist festzustellen, daß die Zeit des Verfalls der deutschen Wirtschaft und des Niedergangs der deutschen Währung für Schieber und Valutaspekulanten aller Nationen und aller Länder einen Anreiz zur Einreise nach Deutschland geboten hat. Daß unter diesen Schiebern und Spekulanten auch Ostjuden in größerer Zahl vorhanden waren, ist richtig.

Es kann auch nicht bezweifelt werden, daß rücksichtslos mit allen dem Staate zur Verfügung stehenden Mitteln gegen diejenigen Ausländer vorgegangen werden muß, die die Gastfreundschaft zur Schädigung des Gastlandes mißbrauchen. Die Mittel der Staatsgewalt, die möglich sind, um eine schädliche Betätigung von Ausländern zu bekämpfen, sollen jedoch gegen alle Ausländer angewendet werden, welchem Volke oder Bekenntnis sie auch angehören mögen. Es gibt in dieser Beziehung keine Ostjudenfrage, sondern nur eine Ausländerfrage, die in dem Rahmen des allgemeinen Ausländerrechts zu lösen ist. Wer die Verhältnisse nicht nur an der Oberfläche sieht, wird finden, daß baltische Barone, rechtgläubige russische Offiziere und Emigranten, Kaufleute und Industrielle aus aller

Herren Länder und jeder Religion eine nicht geringe Zahl jener Valutaspekulanten bilden. Es ist ein Gebot der Gerechtigkeit und des Staatswohles, keinen Unterschied zu machen zwischen ostjüdischen und anderen ausländischen Schädlingen, wie sich ja auch unser sittliches Gefühl gegen sie sträubt ohne Rücksicht auf ihre Herkunft und äußere Erscheinung. Auch hier gilt das Wort von Victor Blüthgen:

Wer ehrlich seinen Weg durchmüht,
Dem tun wir nichts zu leide.
Ein böser Jud', ein schlechter Christ,
Der Teufel hol' sie beide.

Die Ostjudenfrage ist ein

politisches Agitationsmittel der Reaktion

geworden. Ein bequemes und immer wieder bewährtes Manöver, um die Verantwortlichkeit von eigener Schuld abzulenken. Anstatt die ehrliche und echte nationale Stimmung des deutschen Volkes zu ernster Arbeit und entsagungsvollen Opfern für das Vaterland im Sinne seines Wiederaufbaus zu begeistern, wird der Geist der Menge mit unklaren Schlagworten umnebelt. Ein solches Schlagwort, sinnlos und destruktiv, ist

der Kampf gegen die Ostjudengefahr.

Soweit für den Staat Schwierigkeiten aus der großen Zahl der Ostjuden erwachsen waren, sind sie beseitigt — nicht durch Geschrei und Wahlparolen, sondern durch jahrelange, zähe und zielbewusste Arbeit. Eine Ostjudengefahr besteht jetzt jedenfalls nicht mehr. Was bedeutet die trotzdem unaufhörlich fortgesetzte Ostjudenhege? Was bedeutet die Hege, die sich nicht nur in Worten, sondern in einer Propaganda der Tat äußert und sich in pogromartigen Vorgängen, wie im Scheunenviertel in Berlin entladen hat? In den Ostjuden will man die deutschen Juden treffen. Indem man die deutschen Juden schlägt, meint man die deutsche Republik. Das Hakenkreuz ist das Symbol gegen die deutsche innere Freiheit, gegen Demokratie und Republik geworden. Nicht die Ostjuden sind eine Gefahr für das deutsche Volk, sondern die Ostjudenhege ist eine Gefahr. Eine Gefahr nicht nur für unsere inneren Verhältnisse, sondern auch für unsere Beziehungen zum Auslande, eine Gefahr vor allen Dingen für unsere deutschen Brüder im Auslande. Als Herr von Rahr seine Tätigkeit als Generalkommissar, der Strafe zu Gefallen, damit begann, daß er alteingesessene ostjüdische Familien aus Bayern auswies, hat Polen, das keine Gelegenheit zu einem Konflikt mit Deutschland ungenutzt läßt, als Gegenmaßregel zahlreiche Deutsche aus der polnisch gewordenen Ostmark ausgewiesen und damit der deutschen Volks- und Kulturgemeinschaft in der Diaspora einen empfindlichen Schlag versetzt.

In Amerika leben über eine Million Ostjuden als Bürger der Vereinigten Staaten. Jede Bedrückung der Ostjuden in Deutschland findet einen für deutsche Belange wenig erfreulichen Wiederhall in der öffentlichen Meinung Amerikas. Auf die wohlwollende Hilfe Amerikas ist aber Deutschland bei der Regelung der Reparationsfrage und für seinen Wiederaufbau angewiesen. Schon die geringste Taktlosigkeit kann die langsam sich bessernde amerikanische Volksstimmung wieder in das Gegenteil umschlagen lassen. Eine ernsthafte Gefahr, daß die großzügigen amerikanischen Hilfsaktionen eingestellt würden, drohte, als die Ausschreitungen gegen Ostjuden, die Ende Oktober 1923 in Berlin und anderen deutschen Städten stattfanden, in Nordamerika bekannt wurden. Man sollte auch nicht vergessen, daß die Ostjuden Amerikas während des Krieges die Träger der pro-deutschen Bewegung waren und ihre deutschfreundliche Gesinnung mutig in der Presse und im öffentlichen Leben vertreten haben.

Die traurigen wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland zwingen die Bevölkerung in immer steigendem Maße zur Auswanderung. Wir haben das dringendste Interesse daran, daß die deutschen Auswanderer im fremden Lande freundliche Aufnahme, Schutz und Förderung finden. Die Ostjudenheße wird von der deutschfeindlichen Propaganda mit überzeugenden Gründen als Intoleranz gegen Ausländer in Deutschland verwertet. Unrecht, das den Ostjuden in Deutschland geschieht, kann sich leicht an unseren deutschen Brüdern rächen, die die Not des Vaterlandes genötigt hat, sich im Auslande eine neue Heimat zu suchen.

Der außenpolitischen Bedeutung der Ostjudenfrage hat die deutsche Reichsregierung mit Recht die größte Aufmerksamkeit zugewendet.

Das Interesse des deutschen Volkes, das Interesse des deutschen Reiches verlangen gebieterisch, daß die Ostjudenfrage nüchtern und mit staatsmännischem Verantwortungsgefühl behandelt und daß endlich Schluß gemacht wird mit der entwürdigenden und schädlichen Ostjudenheße.

1171/27